

SALON ■ Der deutsche Talkshowzirkus hat sich aus der Sommerpause zurückgemeldet. Zu überhören ist er nicht. Die populistische Titellyrik und die diskussionsprägenden Polemiken des Herbsts beweisen einmal mehr: Unsere Demokratie talkt sich ins Haltlose hinein

Die Politik stirbt auf dem Sofa

VON KNUT BERGMANN UND LEONARD NOVY

Unter großem Getrommle hat er wieder begonnen, der deutsche Talkshowzirkus – gefühlte zwei Wochen, nachdem man mit einem Paukenschlag in die Sommerpause gegangen war: Günther Jauch, der verlorene Sohn, war in den Schoß des öffentlich-rechtlichen Fernsehens zurückgekehrt. Aber nicht ganz. Für den Privatsender RTL wird der Moderator auch künftig Unterhaltung machen, während er im Ersten den seriösen Polittalker gibt und ab Herbst 2011 Anne Wills Sendeplatz am Sonntagabend beerbt. Dass sich die ARD eine weitere Trophäe in ihren Schrank für zurückgekaufte Privatfernsehprominenz stellen kann, lässt sie sich einiges kosten. Auch wenn Gesprächssendungen im Vergleich zu anderen quotenträchtigen Formaten recht günstig zu produzieren sind, sollen der 54-jährige Moderator und seine Produktionsfirma 10,5 Millionen Euro im Jahr erhalten, was pro Sendung immerhin fast 270 000 Euro sind. Den politischen Talk revolutionieren wird er nicht. Doch die Personalie Jauch belegt einmal mehr, wie viel Einfluss die Talkshow, jenes Zwitterwesen aus Journalismus und Entertainment, auf unsere politische Kultur gewonnen hat.

Seit ein paar Jahren schon prägen Anne Will, Maybrit Illner, Frank Plasberg und früher Sabine Christiansen den Ton einer Mediendemokratie, die in Zeiten, da die Öffentlichkeit zunehmend auch von Internet und Kabelfernsehen bestimmt wird, eine neue Hysteriestufe erreicht hat. Die *Bild* hat 33 Talkshows pro Woche gezählt und – mit einer für das Blatt erstaunlichen Ironie – besorgt gefragt, ob es „für so viele Talkshows noch genügend Gäste“ gibt. Wir alle wissen, dass es gerade daran nicht scheitern wird. Dafür haben die Barings, Geißlers und Henkels zu viel Zeit, und auch für die noch politisch aktive zweite Reihe sind die Formate viel zu attraktiv. Ziemlich unabhängig von Fragen und Diskussionsverlauf kann hier die vorab formulierte

Botschaft unters Fernsehvolk gebracht werden. Der Erkenntnisgewinn bleibt meist gering, denn Bekanntheit ist bei der Gästewahl ausschlaggebend. Das Publikum, so die dahinterstehende Logik, verlangt Unterhaltung und Emotion statt sachlicher Diskussion von komplizierten politischen Themen. Ganz so, als reiche die eigene Anschauung nur noch für die allabendlich wiederkehrende Bestätigung der Ansicht, eh nur belogen zu werden.

Analysen wie diese sind so alt wie das Talkshowgenre und gehören zum Standardrepertoire der gehobenen Medienkritik. Doch über die sich daraus ergebenden Folgen wird nur wenig diskutiert. Denn diese Art des öffentlichen Umgangs mit dem Politischen beginnt unser republikanisches Selbstverständnis zu erschüttern.

Schon mit ihrer populistischen Titellyrik befördern die Sender die Distanz zwischen Regierenden und Regierten.

Früher fragten die Medien, wonach die Bürger selbst nicht fragen konnten. In Zukunft könnten sie ihnen auch das Wählen abnehmen

„Präsidentenpoker und Sparhammer – bekommt Schwarz-Gelb noch die Kurve?“ hieß kürzlich eine Ausgabe von Will, und bei Illner, dem anderen Flaggschiff der Öffentlich-Rechtlichen, redete man in der gleichen Woche zum Thema: „Republik in der Krise – haben wir die Politiker, die wir verdienen?“ Diese Polemik ist längst diskursprägend. „Muttis Schongang für Vermögende, Schleudergang für Arbeitslose“ – war das noch ein Titel bei Frank Plasberg oder ist das schon ein Spruch von Sigmar Gabriel?

Auch die klassische politische Rhetorik lebte einst von Topoi, bekannten Ideen, vorgeprägten Bildern und Motiven.

Auf dieser Grundlage ließ sich aber immer Neues sagen. Die Gemeinplätze aktivierten gemeinsame Überzeugungen und machten so das Überraschende möglich. Nicht so im politischen Fernseh-talk.

Helmut Schmidt zufolge teilten Politiker und Journalisten schon immer das „traurige Schicksal, dass sie oft heute schon über Dinge reden, die sie erst morgen verstehen“. Die Verantwortung ist umso größer. Mehr denn je sind wir heute mit politischen Herausforderungen konfrontiert, die kaum mehr überblickt werden können. Die Finanzkrise hat uns spüren lassen, wie sehr die Komplexität und die Dynamik politischer Prozesse angesichts der globalen Verflechtung zugenommen haben. Vom Klimawandel oder den auf uns zukommenden weltweiten Konflikten um Wasser und Nahrung ganz zu schweigen. Die Politik erlebt einerseits, dass die Grenzen ihrer Handlungsgewalt immer enger werden. Andererseits ist sie gezwungen, immer schneller zu entscheiden, um mit den desintegrativen Wirkungen dieses Wandels Schritt zu halten. Alle Beteiligten wissen das. Im Fernsehstudio hingegen wird suggeriert, nationalstaatliche Politik allein könne noch etwas bewirken. Die Talksendung wird zur politischen und journalistischen Ersatzhandlung.

Unserer Demokratie tut diese Form von politischem Kammerspiel nicht gut. Schließlich spiegeln die Medien gesellschaftliche und politische Verhältnisse nicht nur, sie formen sie auch. Sie geben, so hat es der einflussreiche britische Medienwissenschaftler Roger Silverstone einmal geschrieben, „ontologische Sicherheit“ und „Vertrauen in die Institutionen und in die Kontinuität unseres Alltagslebens“. In Zeiten des rasenden Stillstands stellt das Streitritual vertrauter Gesichter in seiner wohlthuenden Erwartbarkeit eine Art kognitiven Anker dar.

Mit ihrer medialen Macht haben die Talkshows zu den allgegenwärtigen Ohnmachts- und Entfremdungsgefühlen



informierter, politischer Journalismus nötiger ist denn je, ein Journalismus, der Fakten in Zusammenhänge setzt und Orientierungshilfe leistet. Im Gegenteil erleben wir eine Krise der öffentlichen Kommunikation: Immer mehr Informationen sind verfügbar, die jedoch immer weniger sinnvoll zusammengeführt, aufbereitet und präsentiert werden.

Dass es auch anders geht, beweist die BBC mit Interviewsendungen wie „Hard Talk“ oder der wöchentlichen „Newsnight“, die aktuelle Hintergrundberichterstattung und Diskussion vereint. Talk ist hier nicht Ritual und Selbstzweck, sondern steht im Dienst eines tatsächlichen Erkenntnisgewinns. Mit „Intelligence Squared“ hat die britische Senderkette zudem ein interaktives Debattenforum etabliert, das zahlreiche brillante Redner aus dem In- und Ausland anzieht.

Wir in Deutschland hingegen lassen uns unsere politische Wirklichkeit gern durch das Fernsehpalaver ersetzen. Dem Moderator wird überlassen, wozu das auf dem heimischen Sofa abhängende Fernsehvolk selbst nicht in der Lage ist. Früher fragten Journalisten, wonach die Bürger selbst nicht fragen konnten. In einer nächsten Stufe der Talkokratie oblag es den Gesprächsleitern, die Streithähne aus den politischen Lagern aufeinanderzusetzen. Inzwischen sollen sie die weit vom Durchschnittsbürger entfernten Politiker möglichst auch noch tüchtig versohlen. Wenn es so weitergeht, dann nehmen sie dem Souverän noch das Wählen ab.

gegenüber der Politik beigetragen. Denn sie haben die Haltung ihres Publikums, das sein Vertrauen in die Integrität und Problemlösungsfähigkeit der Politik verloren hat, noch verstärkt. Die gefühlte Kluft zwischen oben und unten, zwischen der Entscheidungspolitik und den eigenen Einflussmöglichkeiten, wird so immer größer.

Laut einer Studie der Universität Bielefeld aus dem vergangenen Jahr ist eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung der Überzeugung, sie hätte ohnehin „keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“. Diese „hoffnungslose Unzufriedenheit“ setzt sie allerdings nicht in politisches Engagement um. Eine im demokratischen Sinn wünschenswerte Repolitisierung wird durch die vom Fernsehen und

speziell vom Talk beherrschte politische Kommunikation geradezu verhindert.

Schon aufgrund seiner technisch bedingten Abwärtskommunikation tendiert das Fernsehen dazu, Politik als Prozess von oben nach unten zu präsentieren. Formate wie „Hart aber fair. Wenn Politik auf Wirklichkeit trifft“ verstärken dieses Gefälle noch, ja erheben es nachgerade zum Prinzip. Die politischen Akteure sollen sich der Realität stellen, die jedoch wiederum nur eine Inszenierung ist. Der Moderator geriert sich als Anwalt des „kleinen Mannes“ – ein Journalistendarsteller, der das Vielfache jener Politiker verdient, die er der Abgehobenheit zeilt und durch Einspielfilmchen und konfrontative Gesprächsführung vorführt. Und dies alles zu einer Zeit, in der ein fundiert



KNUT BERGMANN hat zwei Jahre für Sabine Christiansen gearbeitet. **LEONARD NOVY** war Leiter der Gesprächsformate bei der Fernsehproduktionsfirma AVE und dort unter anderem für „2 + Leif“ verantwortlich. Beide forschen und unterrichten heute zu Themen der politischen Kommunikation und sind Fellows der Stiftung „Neue Verantwortung“

